

„Flagge zeigen ist notwendig“

Mahnende Worte des Oberbürgermeisters beim Gedenken an die Reichspogromnacht in der Ansbacher Synagoge

VON ALEXANDER BIERNOTH

ANSBACH – „Ich freue mich und fühle unsere Stadt geehrt.“ Mit diesen Worten begrüßte OB Thomas Deffner den Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, in der Ansbacher Synagoge.

Fürst war aus Anlass der Gedenkstunde zur Reichspogromnacht nach Ansbach gekommen und seine Ansprache stand im Mittelpunkt der Veranstaltung. Das Gedenken an das Novemberpogrom 1938 fand heuer einige Tage nach dem 9. November statt, um Michael Fürst die Gelegenheit zum Sprechen zu geben.

Die Gedenkstunde wurde wie in den Vorjahren von den evangelischen und katholischen Gemeinden Ansbachs zusammen mit der Stadt und dem Frankenbund veranstaltet. Pfarrer Oliver Englert begrüßte die rund 60 Besucher in der Synagoge und wies darauf hin, dass das Gedenken an die Geschehnisse vor 86 Jahren wichtig sei.

Viele Pfarrer haben geschwiegen

Damals, so Englert, schwiegen viele Pfarrer. Heute werde in einer immer säkularer werdenden Gesellschaft wenig über Religion gesprochen und dennoch, so Englert, spiele Religion eine große Rolle. „Wir müssen mehr über Religion lernen, über das Judentum, den Islam und das Christentum“, so seine Forderung, weil nur dann die zivile Gesellschaft stabil werde.

Deffner mahnte, das Gedenken an die Reichspogromnacht nicht als Ritual zu sehen. Den wohlgemeinten Reden gegen Antisemitismus müssten auch konkrete Taten folgen. Es sei beispielsweise versucht worden,

ihn mit einer Mailkampagne vor der Abstimmung über das Hissen der Israel-Flagge am Rathaus unter Druck zu setzen. Dies habe „die Notwendigkeit des Flaggezeigens für sicheres jüdisches Leben in Deutschland“ gezeigt, gerade auch „angesichts unserer geschichtlichen Verantwortung“.

Doch 86 Jahre nach der Reichspogromnacht litten jüdische Menschen, so Deffner, unter Terror, Misshandlung, Mord und weiteren Verbrechen nicht nur in Israel, „sondern auch bei uns“. Der 7. Oktober 2023 mit dem terroristischen Überfall auf eine Konzertveranstaltung in Israel sei eine Zäsur für alle Juden gewesen, so der Oberbürgermeister. Er erinnerte an die Artikel 1 und 4 des deutschen Grundgesetzes, die die Würde des Menschen und die Religionsfreiheit sicherten, und rief dazu auf, entsprechend dafür einzustehen.

Michael Fürst stellte seine Ansprache unter die ersten Begriffe der Nationalhymne „Einigkeit, Recht und Freiheit“. Diese Begriffe seien bis zum 9. November 1989 Kernbestandteile alles deutschen Denkens gewesen – aber heute fragwürdig geworden, weil eine große Anzahl der Bürger die Freiheit nur noch als touristische Freiheit verstünde.

Freiheit müsse wieder verstanden werden als Verantwortung für die Zukunft, als eine Aufgabe und Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen. Der bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes geltende Leitsatz des Nie-Wieder mit Blick auf die NS-Jahre sei, so Fürst, bei einem Großteil der Gesellschaft zum kollektiven Vergessen geworden.

Fürst schlug vor, den 9. November nicht als Gedenktag, sondern als „Denk-Tag“ zu verstehen. Dieser leiste einen ganz wichtigen Beitrag zur Geschichte der Juden in Deutsch-

land und für das Wissen um die Folgen von Hass und Ausgrenzung. Der Tag könne Mut und Kraft zum Handeln geben, damit Rassenhass und Genozid nie wieder eine Chance hätten. Mit Blick zurück sagte Fürst, dass die Juden Deutschland nicht weniger geliebt hätten als ihre christlichen Mitbürger.

Den terroristischen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 bezeichnete Fürst als den „brutalsten Angriff auf die Juden seit der Shoah“. Die Strategie der Terroristen schein aufzugehen, es gebe eine Täter-Opfer-Verdrehung. Die Juden seien die Opfer und nicht die Täter. Durch die Freilassung der Geiseln könnte das Blutvergießen sofort beendet werden, so Fürst.

Auch in Deutschland sei es in der Folge des Überfalls zu vermehrten antisemitischen Vorfällen gekommen. Der antisraelische Antisemitismus „wird besonders stark von Muslimen transportiert, von denen nicht wenige sogar immer wieder öffentlich ihren Jubel über Angriffe auf Israel zum Ausdruck bringen“.

Keine staatliche Anordnung zum Hass

Ein Vergleich zwischen der Pogromnacht und den aktuellen antisemitischen Vorfällen sei falsch, so Fürst, weil es heute keine staatlichen Anordnungen dafür gebe. Er mahnte Prävention gegen Antisemitismus auf allen Ebenen der Gesellschaft an. Wenn der Gedenktag zu einem „Denk-Tag“ werde, sei er „für die Zukunft unseres Volkes von ganz wesentlicher Bedeutung“.

Im Anschluss an die Gedenkstunde, die von der Fachschaft Musik des Theresien-Gymnasiums gestaltet wurde, legte Oberbürgermeister Thomas Deffner in der Vorhalle der Synagoge einen Kranz für die Opfer des Nationalsozialismus nieder.



Der Präsident des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, plädierte in der Ansbacher Synagoge für einen „Denk-Tag“ gegen Antisemitismus. Foto: Alexander Biernoth